Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 21.06.2018, S.17

Kali-Debatte: Juristen sollen Landkreis helfen

Entscheidung zu Neustart verzögert sich weiter – das Grundwasser-Problem soll aber sofort angegangen werden

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Der Hildesheimer Kreistag wird aller Voraussicht nach am Montag keine Entscheidung zur Salzwasser-Einleitung vom Giesener Kaliwerk in die Innerste treffen. Vielmehr will die Mehrheitsgruppe von SPD und CDU eine auf Rechtsfragen zu dem Thema spezialisierte Anwaltskanzlei beauftragen, eine Stellungnahme zu zahlreichen strittigen Punkten zu schreiben und eine Empfehlung an den Landkreis auszusprechen, wie er weiter vorgehen soll.

Eine Entscheidung zur Salzwasser-Einleitung dürfte damit frühestens in einigen Monaten fallen. Über eine Genehmigung der Wiederinbetriebnahme des Bergwerks an sich kann erst danach fallen. Auf dieses Vorgehen haben sich SPD und CDU gestern Nachmittag in einer gemeinsamen Sitzung verständigt, wie SPD-Fraktionschef Klaus Bruer auf Anfrage erklärte.

Umgehend in Angriff genommen werden soll hingegen die Grundwasser-Problematik am bereits bestehenden Kaliberg: Wie berichtet sickert dort massenweise Salzwasser ins Grundwasser. Der Landkreis und das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG), die sich bislang gegenseitig die Verantwortung zugeschoben haben, wollen sich nun gemeinsam darum kümmern: „Ministerium, LBEG und Kreisverwaltung haben anerkannt, dass dies ein dringliches Problem ist", berichtete Bruer.

Er hatte zuvor gemeinsam mit CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior, Landrat Olaf Levonen und Umweltdezernent Helfried Basse an einem Gespräch mit Umweltminister Olaf Lies und LBEG-Chef Andreas Sikorski in Hannover teilgenommen. Die Zusammenkunft brachte keine konkreten Fortschritte. Allerdings monierten mehrere Teilnehmer, dass keine Vertreter des Düngemittel-Konzerns Kali und Salz (K+S) mit am Tisch gesessen hätten. Zumal Bruer gestern deutlich machte, dass K+S auch mit seinem jüngsten Schreiben (die HAZ berichtete) auf wesentliche Forderungen des Kreistages nicht eingehe.

Der Konzern will das Giesener Bergwerk wieder in Betrieb nehmen und hätte zu einigen Themen Stellung nehmen können. So beschränkte sich die Runde darauf, dass Sikorski und die Landkreis-Vertreter dem Minister den Stand der Dinge aus ihrer jeweiligen Sicht erklärten.

Danach kamen SPD und CDU zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Kreistagssitzung am kommenden Montag (16 Uhr, Kreishaus, öffentlich) vorzubereiten. Die Kreisverwaltung präsentiert dort eine Beschlussvorlage, wonach der Kreistag unter bestimmten Bedingungen sein Einverständnis zur Salzwasser-Einleitung in die Innerste erteilt.

Wie viel Salzwasser darf in die Innerste? Und darf ein zweiter Kaliberg entstehen? An diesen Fragen sollen nun Juristen arbeiten. FOTO: GOSSMANN

Das will die Mehrheitsgruppe aber nicht. Vielmehr sollen Fachanwälte sich sowohl mit dem bereits vorhandenen Kaliberg als auch mit der Salzwasser-Frage beschäftigen.

Unter anderem sollen sie dabei der Frage nachgehen, ob bei einem Bergwerk-Neustart wirklich ein zweiter Kaliberg entstehen muss, welche Vorgaben für die geplanten Abdeckungen der Kaliberge nötig sind, ob und wie Erlaubnisse und Genehmigungen für K+S befristet werden können und ob es zumutbare alternative Nutzungen für die Abbaurückstände gibt.

Diese Expertise soll in eine Empfehlung an den Landkreis münden, wie er sich zur Frage der Salzwasser-Einleitung – die ohne sein Votum nicht entschieden werden kann – stellen sollte.